



Brüssel, den 28. November 2024
(OR. en)

15976/24

SOC 855
GENDER 250
SAN 665

VERMERK

Absender: Generalsekretariat des Rates

Empfänger: Rat

Nr. Vordok.: 15209/24 + COR 1

Betr.: Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Frauen und Mädchen durch Förderung der Geschlechtergleichstellung
- *Billigung*

1. Der Vorsitz hat einen Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates zur „Stärkung der psychischen Gesundheit von Frauen und Mädchen durch Förderung der Geschlechtergleichstellung“ vorbereitet.
2. Der Ausschuss der Ständigen Vertreter hat auf seiner Tagung vom 27. November 2024 eine grundsätzliche Einigung über den in der Anlage enthaltenen Wortlaut von Schlussfolgerungen des Rates erzielt.¹
3. Der Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) wird ersucht, den in der Anlage enthaltenen Entwurf der Schlussfolgerungen anzunehmen.

¹ Anmerkung: Einige Links und technische Fußnoten wurden entfernt. An den Quellenangaben wurden geringfügige Korrekturen vorgenommen.

**Entwurf von Schlussfolgerungen des Rates
zur Stärkung der psychischen Gesundheit von Frauen und Mädchen durch Förderung der
Geschlechtergleichstellung**

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

IN ANERKENNUNG DES FOLGENDEN:

1. Gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist Folgendes festgelegt:
„Die Tätigkeit der Union ergänzt die Politik der Mitgliedstaaten und ist auf die Verbesserung der Gesundheit der Bevölkerung, die Verhütung von Humankrankheiten und die Beseitigung von Ursachen für die Gefährdung der körperlichen und geistigen Gesundheit gerichtet“.
2. In Artikel 8 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union ist festgelegt, dass die Union „bei allen ihren Tätigkeiten“ darauf hinwirkt, „Ungleichheiten zu beseitigen und die Gleichstellung von Männern und Frauen zu fördern“.
3. Die Geschlechtergleichstellung und die Menschenrechte sind zentrale europäische Werte. Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist ein wichtiger Grundsatz der Europäischen Union, der in den Verträgen und in der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verankert ist.
4. Gemäß der Charta der Grundrechte der Europäischen Union hat jede Person das Recht auf Achtung ihrer „körperlichen und geistigen Unversehrtheit“.

5. In seinen jüngsten Schlussfolgerungen zur psychischen Gesundheit wird vom Rat anerkannt, „dass psychische Gesundheitsprobleme mit zahlreichen Formen von Ungleichheiten einhergehen; dies betrifft beispielsweise Menschen in prekären Situationen, Minderheiten, marginalisierte Gruppen und Menschen in sozioökonomisch nachteiligen Situationen, darunter Menschen, die in Langzeitpflegeeinrichtungen leben, die Einsamkeit und soziale Isolation erleben, Kinder und junge Menschen, ältere Menschen, Frauen, LGBTIQ-Personen², Krebspatientinnen und -patienten, Menschen mit Behinderungen, Flüchtlinge, Migranten, Häftlinge und Obdachlose.“ Die Gleichstellungsperspektive und der Grundsatz, niemanden zurückzulassen, sind gemäß den Zielen der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung unerlässlich, wenn es darum geht, Ungleichheiten im Bereich der psychischen Gesundheit anzugehen.³
6. Wie aus der Mitteilung der Kommission über eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit hervorgeht, ist die „psychische Gesundheit (...) Bestandteil der allgemeinen Gesundheit. Der Begriff beschreibt einen Zustand des Wohlbefindens, in dem eine Person ihre Fähigkeiten ausschöpfen, die normalen Lebensbelastungen bewältigen, und einen Beitrag zum Gemeinschaftsleben leisten kann. Über individuelle oder familiäre Angelegenheiten hinausgehend ist die psychische Gesundheit Voraussetzung für eine produktive Wirtschaft und eine inklusive Gesellschaft.“ In der Mitteilung wird darauf hingewiesen, dass Frauen „fast doppelt so häufig von Depressionen betroffen“ sind wie Männer. Ferner wird hervorgehoben, dass der ungleiche Zugang zu Beschäftigung und die ungleiche Aufteilung der häuslichen und familiären Pflege- und Betreuungspflichten zwischen Frauen und Männern angegangen werden müssen. Zudem wird hervorgehoben, dass „die Determinanten der psychischen Gesundheit (...) mit bestehenden Ungleichheiten in der Gesellschaft“ interagieren, „wodurch manche Menschen einem höheren Risiko für eine schlechte psychische Gesundheit ausgesetzt sind als andere. Wenn Diskriminierung aus Gründen des Geschlechts, der ethnischen Herkunft, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Ausrichtung, wenn Gewalt und Hass zu einer angeschlagenen psychischen Gesundheit führen, so ist die Förderung der Gleichstellung in unseren Gesellschaften ein wichtiges Präventionsinstrument“.

² Siehe Strategie der Kommission für die Gleichstellung von LGBTIQ-Personen 2020-2025 (COM(2020) 698 final).

³ Schlussfolgerungen des Rates zur psychischen Gesundheit (Dok. 15971/23, Nr. 24).

7. Ferner wird in der Mitteilung der Kommission betont, dass „die Länder (...) sich auch mit den Herausforderungen im Zusammenhang mit der Prävention von psychischen Problemen in schutzbedürftigen Gemeinschaften befassen, die Früherkennung psychischer Erkrankungen stärken, Frühinterventionen und Unterstützung fördern und sich mit dem Zusammenhang zwischen Ausgrenzung, Ungleichheit und psychischer Gesundheit auseinandersetzen“ sollten, „indem sie stärker gegen Diskriminierung, Hetze und Gewalt vorgehen“.
8. Wie aus der Strategie der Kommission für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 hervorgeht, ist es von entscheidender Bedeutung, „einem zweigleisigen Ansatz aus gezielten Maßnahmen zur Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter und einem stärkeren Gender Mainstreaming“ zu folgen. In der Strategie wird zudem darauf hingewiesen, dass die Kommission, „um das Gender Mainstreaming zu fördern, (...) die Geschlechterperspektive systematisch – intern wie extern – in allen EU-Politikbereichen in alle Phasen der Politikgestaltung einbeziehen“ wird.

UNTER HINWEIS AUF FOLGENDES:

9. „Ungleichheiten in Bezug auf Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, geografische Lage (einschließlich der Kluft zwischen Stadt und Land), Bildung, Alter und sexuelle Ausrichtung“ und „Geschlechtsidentität“⁴ haben“, wie in der Mitteilung der Kommission über eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit festgestellt, „erhebliche Auswirkungen auf die psychische Gesundheit der Bevölkerung“⁵, insbesondere auf die psychische Gesundheit von Frauen und Mädchen. In der Mitteilung der Kommission wird zudem hervorgehoben, dass Menschen nicht nur zu einer, sondern gleichzeitig zu mehreren schutzbedürftigen Gruppen gehören können, wodurch deutlich gemacht wird, dass Mehrfachdiskriminierung und sich überschneidende Formen der Diskriminierung bekämpft werden müssen. Diese können sich stark auf Frauen und Mädchen auswirken, deren Diskriminierungserfahrungen auf mehreren einander überschneidenden Faktoren beruhen können, beispielsweise auf der Rasse, der Hautfarbe, der ethnischen oder sozialen Herkunft, genetischen Merkmalen, der Sprache, der Religion oder Weltanschauung, der politischen oder einer anderen Überzeugung, der Zugehörigkeit zu einer nationalen Minderheit, dem Vermögen, der Geburt, einer Behinderung, sowie auf den genannten Faktoren, die zusammen ihre Chancen und besonderen Herausforderungen dieser Frauen und Mädchen bestimmen.

⁴ Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit (COM(2023) 298 final).

⁵ Ebenda.

IN ANERKENNUNG DES FOLGENDEN:

10. Das Ziel der Vereinten Nationen für nachhaltige Entwicklung (SDG) Nr. 3 umfasst den diskriminierungsfreien Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten, was deutlich macht, wie wichtig es ist, ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters zu gewährleisten und ihr Wohlbefinden zu fördern, einschließlich der psychischen Gesundheit.⁶ Der Schwerpunkt des Ziels für nachhaltige Entwicklung Nr. 5 liegt darauf, Geschlechtergleichstellung zu erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung zu befähigen.
11. Im Rahmen der Aktionsplattform von Peking wird der Bereich „Frauen und Gesundheit“ als einer der zwölf Hauptproblerbereiche genannt und darauf hingewiesen, dass Frauen das Recht haben, „das für sie erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit zu genießen“. Zudem wird darauf hingewiesen, dass Frauen vielfach von den gleichen Krankheiten betroffen sind wie Männer, diese aber anders erleben.
12. Wie aus dem Handlungsrahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Region der WHO (2021–2025) hervorgeht, sind die psychische Gesundheit und das psychische Wohlbefinden aufgrund eines breiten Spektrums von Faktoren auf individueller und sozialer Ebene sowie auf der Ebene des Umfelds in Gefahr; zu diesen Faktoren zählen Armut und Deprivation, Verschuldung und Arbeitslosigkeit sowie Gewalt und Konflikte. Zudem gehören Frauen mit psychischen Erkrankungen und psychosozialen, intellektuellen oder kognitiven Beeinträchtigungen sowie mit neurologischen Entwicklungsstörungen zu der Gruppe mit dem höchsten Risiko der sozialen Ausgrenzung.
13. Wie aus aktuellen Eurofound-Daten hervorgeht, sind in der Gruppe der Beschäftigten, Frauen Gewalt und Belästigung, und sexueller Belästigung, am Arbeitsplatz stärker ausgesetzt und geben häufiger ein niedriges Wohlbefinden und finanzielle Schwierigkeiten an als Männer. Das steht in einem Zusammenhang mit der Tatsache, dass Frauen in Beschäftigungen mit geringem Entgelt und herausfordernden psychosozialen Arbeitsbedingungen überrepräsentiert sind.⁷

⁶ Hauptabteilung der VEREINTEN NATIONEN für Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten: Nachhaltigkeitsziel 3.

⁷ Eurofound (2023), Psychosocial risks to workers' well-being: Lessons from the COVID-19 pandemic (Psychosoziale Risiken für das Wohlbefinden der Beschäftigten: Lehren aus der COVID 19-Pandemie), Europäische telefonische Erhebung über die Arbeitsbedingungen 2021, S. 36; Eurofound (2022), Working conditions in the time of COVID-19: Implications for the future (Arbeitsbedingungen in Zeiten von COVID-19: Auswirkungen auf die Zukunft), Europäische telefonische Erhebung über die Arbeitsbedingungen 2021, S. 104; [ESDE Review 2023](#) (Bericht zur Beschäftigung und zur sozialen Lage in Europa), Kapitel 2.

14. Herausforderungen im Bereich der psychischen Gesundheit betreffen alle; Männer sind in erheblichem Maße betroffen; zudem kommt es bei Männern häufiger zu Suizid. Beinahe 8 von 10 Suiziden (77 %) werden von Männern begangen; Jedoch liegt die Rate der Suizidversuche bei Frauen höher, und psychische Erkrankungen, die Suizidgefahr und suizidalem Verhalten in vielen Fällen zugrunde liegen (insbesondere Depressionen und Ängste), treten bei Frauen häufiger auf.⁸ Frauen sind zudem von besonderen Herausforderungen und Problemstellungen im Bereich der psychischen Gesundheit betroffen, unter anderem von Beeinträchtigungen, Erkrankungen oder Störungen, beispielsweise postnataler Depression, die spezifisch bei Frauen auftreten oder bei Frauen häufiger auftreten oder bei Frauen auf andere Risikofaktoren zurückzuführen sind, oder deren Symptome sich bei Frauen und Männern unterscheiden (wie das beispielsweise bei posttraumatischen Belastungsstörungen der Fall ist). Daraus geht klar hervor, wie wichtig es ist, im Bereich der psychischen Gesundheit einen geschlechtergerechten Ansatz zu verfolgen, bei dem unter anderem anerkannt wird, dass es signifikante geschlechtsspezifische Unterschiede bei den Ursachen, den Risikofaktoren, den Diagnosen und den Symptomen psychischer Gesundheitsprobleme, einschließlich der psychischen Störungen, gibt; dies gilt auch für den Verlauf verschiedener Erkrankungen oder Störungen. Zudem können geschlechtsspezifische Hindernisse, unter anderem Stigmatisierung, Geschlechterstereotype und Diskriminierungen aller Art Frauen und Mädchen, wie auch Männer und Jungen, daran hindern, Zugang zu Diensten im Bereich der psychischen Gesundheit zu erlangen.

⁸ Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments: Mental health in the EU (Psychische Gesundheit in der EU), Briefing des Europäischen Parlaments, 2023.

15. Geschlechterstereotype und traditionelle Geschlechterrollen wirken sich signifikant auf das Leben von Frauen und Mädchen aus, und Faktoren wie Arbeitsüberlastung, alle Formen von Gewalt (einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt oder häuslicher Gewalt), Belästigung, psychische Überlastung, wirtschaftliche Belastungen und Abhängigkeiten können zu Depression, Erschöpfung, posttraumatischer Belastungsstörung, Essstörungen, Erkrankungen im Zusammenhang mit dem Gebrauch von Suchtmitteln usw. führen. Angesichts der Tatsache, dass Frauen diesen Faktoren stärker ausgesetzt sind, sowie der unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen und Mädchen aller Altersgruppen im Bereich der psychischen Gesundheit und des psychischen Wohlbefindens sind eine gezielte Unterstützung im Sinne einer Abfederung der Folgen für die psychische Gesundheit sowie gezielte Maßnahmen, um strukturelle Ungleichheiten anzugehen und die Geschlechtergleichstellung zu stärken, unerlässlich, um dadurch das Wohlbefinden von Mädchen und Frauen von Kindheit an bis ins hohe Alter zu gewährleisten. Maßnahmen, um geschlechtsspezifische Diskrepanzen anzugehen und die psychische Belastung aufgrund von Pflege- und Betreuungsarbeit zu verringern, sind ebenfalls erforderlich – neben multidisziplinären Unterstützungsmaßnahmen und insbesondere Maßnahmen mit Schwerpunkt auf dem gesamten Bedarfsspektrum im Bereich der Gesundheit von Frauen und des Pflege- und Betreuungsbedarfs, einschließlich Verbesserung der Dienste im Bereich der Sozialfürsorge, der Langzeitpflege und der psychischen Gesundheit.
16. Jede Person, die geschlechtsspezifische Gewalt erfährt, befindet sich in einer vulnerablen Situation; dies gilt besonders für Frauen und Mädchen. In der Richtlinie der EU zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt wird anerkannt, dass häusliche Gewalt und Gewalt gegen Frauen sich nachteilig auf deren psychische Gesundheit auswirken und dass für Betroffene intersektionaler Diskriminierung ein erhöhtes Risiko besteht, geschlechtsspezifische Gewalt zu erfahren. Zudem wird anerkannt, dass bei Kindern, die häusliche Gewalt in der Familie oder im Haushalt erleben, sowohl kurz- als auch langfristig ein erhöhtes Risiko psychischer Erkrankungen besteht. Durch die Umsetzung dieser Richtlinie sowie anderer relevanter internationaler Rechtsinstrumente, wie im Anhang der vorliegenden Schlussfolgerungen aufgeführt, wird – unter anderem durch Maßnahmen gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz und durch Maßnahmen zur Schulung und Information zu diesem Thema für Fachkräfte mit Aufsichtsfunktion am Arbeitsplatz – ein Beitrag zum Schutz der psychischen Gesundheit von Frauen geleistet.

17. Aus einer Analyse einer Selbstbewertung des psychischen Wohlbefindens in allen Bevölkerungsgruppen geht hervor, dass Frauen in Europa ein niedrigeres Niveau an psychischem Wohlbefinden angeben, und zwar unabhängig von Familienstruktur, Alter, Einkommen, Geburtsland oder Behinderung. Hier sind möglicherweise soziale Determinanten der psychischen Gesundheit im Spiel. Das geschlechtsspezifische Gefälle bei Pflege- und Betreuungsaufgaben ist ein wichtiger Faktor für geschlechtsspezifische Ungleichheiten und Diskriminierung von Frauen; daher wirkt es sich signifikant auf die physische und psychische Gesundheit von Frauen aus. Für Personen, die unbezahlte Pflege- und Betreuungsleistungen erbringen, in erster Linie Frauen, besteht ein höheres Risiko für Einsamkeit und Isolation, das einen der Hauptsikofaktoren für die psychische Gesundheit darstellt.
18. Frauen übernehmen nach wie vor den Großteil der Pflege- und Betreuungsarbeit und passen daher ihre Arbeitszeit für bezahlte Tätigkeiten eher an als Männer. Mit der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben soll die ungleiche Aufteilung von Pflege- und Betreuungsaufgaben zwischen Männern und Frauen angegangen werden, indem erleichtert wird, dass das Berufs- und das Familienleben für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die Eltern oder pflegende Angehörige sind, unter anderem durch Vaterschaftsurlaub und bezahlten nicht übertragbaren Elternurlaub für alle Eltern miteinander in Einklang gebracht werden können. Zudem werden mit zwei Empfehlungen des Rates, der Empfehlung „zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung: die Barcelona-Ziele für 2030“ und der Empfehlung „über den Zugang zu erschwinglicher und hochwertiger Langzeitpflege“, Maßnahmen zu zugänglicher, erschwinglicher und hochwertiger Pflege und Betreuung für Kinder und andere auf Unterstützung angewiesene Angehörige im Laufe des gesamten Lebens gefördert. Mit diesen Maßnahmen soll, zum Vorteil aller, die Belastung für Familien verringert und eine gerechte Aufteilung von Pflege- und Betreuungsaufgaben zwischen Frauen und Männern gefördert werden. Die Bereitstellung inklusiver, zugänglicher und erschwinglicher und hochwertiger frühkindliche Betreuung, Bildung und Erziehung (FBBE) und Langzeitpflege für Kinder und andere auf Unterstützung angewiesene Personen ist wichtig für die psychische Gesundheit von Frauen, denn Frauen leisten mehr bezahlte sowie unbezahlte Pflege- und Betreuungsarbeit als Männer;

IN ERWÄGUNG DES FOLGENDEN:

19. Frauen und Mädchen können ebenso wie Männer und Jungen während des gesamten Lebens mit einem Spektrum an geschlechtsspezifischen Herausforderungen im Bereich der psychischen Gesundheit konfrontiert sein. Von bestimmten Herausforderungen im Zusammenhang mit der psychischen Gesundheit sind Frauen und Mädchen stärker betroffen.

20. Digitale Instrumente und soziale Medien können sich positiv auf die psychische Gesundheit auswirken, auch indem sie Zugang zu Informationen, Hilfsgruppen und Therapiediensten bieten, können jedoch auch negative Folgen haben. Kinder und junge Menschen, insbesondere Mädchen und junge Frauen, sind – wie in der kürzlich angenommenen Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt hervorgehoben wird – Gefahren wie schädlichen, das Körperbild beeinträchtigenden Auswirkungen von Online-Inhalten und dem Risiko von Cybergewalt, einschließlich Cybermobbing, besonders ausgesetzt. Mit Inhalten dieser Art konfrontiert zu sein kann sich auch negativ auf die psychosoziale Entwicklung von Kindern und jungen Menschen auswirken, Geschlechterstereotype verstärken und sogar gewalttägiges Verhalten gegenüber Mädchen und Frauen fördern.
21. Junge Menschen teilen häufig große Datenmengen im Internet, ohne deren Nutzung oder die Auswirkungen vollständig zu verstehen. Es ist von entscheidender Bedeutung, Probleme im Zusammenhang mit suchterzeugenden und irreführenden Designs sowie einem übermäßigen Online-Tracking durch Anbieter digitaler Dienste anzugehen. Darüber hinaus sind Kinder und junge Menschen, besonders junge Frauen und Mädchen, mit einem hohen Risiko konfrontiert, Desinformation, Manipulation und Missbrauch sowie technologiegestützter geschlechtsspezifische Gewalt – einschließlich Cyber-Stalking, sexueller Belästigung im Internet, nicht einvernehmlicher Weitergabe von intimem oder manipuliertem Material und unaufgefordelter Übermittlung von Bildern, Videos oder anderem Material, auf dem Genitalien abgebildet sind – ausgesetzt zu sein. Aus einem Bericht der Vereinten Nationen geht hervor, dass die Wahrscheinlichkeit, online angegriffen zu werden, bei Frauen 27-mal höher ist als bei Männern.⁹ Darüber hinaus wirkt sich eine frühe Exposition gegenüber Pornografie – einschließlich extremer und gewalttätiger Inhalte – sowie die Verwendung von generativer künstlicher Intelligenz im Zusammenhang mit sexuellem Missbrauch von Kindern und/oder geschlechtsspezifischer Gewalt negativ auf die psychische Gesundheit von Mädchen aus und verstärkt frauenfeindliches Verhalten. All diese Faktoren können die Gesundheit und die körperliche und psychische Entwicklung von Mädchen erheblich beeinträchtigen.

⁹ Preventing Technology-Facilitated Gender-Based Violence (TF GBV) – Responding to the 2030 Agenda and "Our Common Agenda" by proactively mitigating technology-facilitated gender-based violence by enhancing product design, data privacy and security, and legal frameworks to hold offenders accountable (Prävention technologiegestützter geschlechtsspezifischer Gewalt – In Antwort auf die Agenda 2030 und „Unsere gemeinsame Agenda“: proaktives Vorgehen gegen technologiegestützte geschlechtsspezifische Gewalt durch Verbesserung des Produktdesigns, des Datenschutzes und der Datensicherheit sowie der Rechtsrahmen für die Rechenschaftspflicht der Straftäter).

22. Wie von der WHO festgestellt, umfassen die negativen gesundheitlichen Folgen sozialer Medien, insbesondere bei heranwachsenden Mädchen, einen Verlust an Selbstwertgefühl, Sorgen, Ängste, Schwierigkeiten sich zu entspannen und Schlafschwierigkeiten sowie eine Verschlechterung der Fähigkeit, von Angesicht zu Angesicht zu kommunizieren.¹⁰
23. Darüber hinaus sind nach Angaben der WHO die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden heranwachsender Mädchen – verglichen mit Jungen – im Allgemeinen schlechter. Zudem vergrößern sich diese Unterschiede mit dem Alter, wobei sich die Situation bei den 15-jährigen Mädchen am schlechtesten darstellt.¹¹ Fast doppelt so viele 15-Jährige (13 % bei den Jungen und 28 % bei den Mädchen) als 11-Jährige (8 % bei den Jungen und 14 % bei den Mädchen) geben an, sich einsam zu fühlen. Es ist anzumerken, dass Geschlechterstereotype sowohl Jungen als auch Mädchen davon abhalten können, Sorgen in Bezug auf die psychische Gesundheit mitzuteilen.
24. Soziale Medien tragen – auch durch digital erstellte oder bearbeitete Inhalte – dazu bei, unnatürliche und ungesunde Schönheitsnormen zu verstärken, sowie Geschlechterstereotypen aufrechtzuerhalten. Dadurch werden junge Menschen, insbesondere junge Frauen, in Bezug auf ihre körperlichen Merkmale unter großen Druck gesetzt. Essstörungen (z. B. Anorexie, Bulimie usw.) bei Jugendlichen, insbesondere Mädchen, stellen ein erhebliches Problem für die öffentliche Gesundheit dar. Unrealistische Schönheitsideale betreffen auch Jungen und können zu körperdysmorphen Störungen und anderen Störungen führen.
25. Auch Jungen sind von früher Kindheit an der weit verbreiteten Objektifizierung, Sexualisierung und stereotypen Darstellung von Mädchen und Frauen im Internet, insbesondere in pornografischen Darstellungen oder in Darstellungen in den Medien und in der Kultur im weiteren Sinne – unter anderem in Online-Spielen – ausgesetzt, was zu einer Aufrechterhaltung von Geschlechterrollen und Geschlechterstereotypen sowie der Verharmlosung geschlechtsspezifischer Gewalt, besonders von Gewalt gegen Mädchen und Frauen, führen kann. Das Online-Verhalten von Influencerinnen und Influencern sowie die von ihnen geschaffenen Inhalte können ebenfalls für Einzelpersonen sowie die Gesellschaft insgesamt schädlich sein. Darüber hinaus kann etwa durch Cybermobbing, Fehl- oder Desinformation und ungesunde Vergleiche mit Influencerinnen und Influencern die psychische und körperliche Gesundheit des Internetpublikums, insbesondere jene von Minderjährigen, negativ beeinflusst werden. Die Bekämpfung ungesunder und geschlechtsstereotyper Haltungen sowie schädlicher Verhaltensweisen von Männern im Internet ist ebenfalls eine entscheidende Herausforderung.

¹⁰ Weltgesundheitsorganisation: Women's health and well-being in Europe: beyond the mortality advantage (Gesundheit und Wohlbefinden von Frauen in der Europäischen Region: jenseits des Mortalitätsvorteils), 2016.

¹¹ Weltgesundheitsorganisation: Psychische Gesundheit in Europa und Zentralasien: Mädchen schneiden schlechter ab als Jungen, WHO-Regionalbüro für Europa, 2023.

26. Alleinerziehende befinden sich in Bezug auf Armut, Wohnraum und gesundheitliche Herausforderungen, einschließlich psychischer Gesundheitsprobleme, in einer besonders prekären Lage.¹² In der EU gibt es 7,8 Millionen Ein-Eltern-Familien, und fast 80 % der Alleinerziehenden sind Frauen.¹³ Viele alleinerziehende Mütter sind psychischem Stress ausgesetzt, der auf eine prekäre finanzielle Lage, soziale Ausgrenzung oder die Akkumulation sozialer Rollen zurückzuführen ist.¹⁴
27. Die von Frauen während und nach einer Schwangerschaft erlebte Verwundbarkeit und psychische Belastung, darunter perinatale Depressionen, können ihr Leben schwerwiegend beeinträchtigen. Die Herausforderungen während der ersten 1 000 Tage eines Kindes können sich auf das Leben aller Familienangehörigen auswirken, auch in Bezug auf die psychische Gesundheit, was ebenso Beachtung verdient. Untersuchungen zeigen, dass das soziale Netzwerk oder das Unterstützungssystem, das der Mutter zur Verfügung steht, entscheidend ist für ihre psychische und allgemeine Gesundheit sowie für die Qualität der Betreuung, die sie ihrem Säugling bieten kann; dies verdeutlicht die Bedeutung erschwinglicher, zugänglicher, hochwertiger und inklusiver Dienste für die Pflege und Betreuung sowie der gleichberechtigten Aufteilung von Pflege- und Betreuungsarbeit zwischen Frauen und Männern sowie innerhalb von Haushalten auf der Grundlage von angemessen vergütete nicht übertragbarem Mutterschafts-, Vaterschafts- und Elternurlaub und flexiblen Arbeitsregelungen. Es gibt übereinstimmende Belege dafür, dass der Zugang von Eltern zu flexibler Freistellung, auch nach der Geburt, die Belastung von Müttern verringert, wodurch die Gesundheit der Mütter verbessert und das Risiko einer postpartalen Depression gesenkt wird. Häufig unterschätzt bedürfen Schwangerschaftsverluste sowie frauenspezifische gesundheitlich Probleme, beispielsweise Endometriose, und das daraus resultierende psychische Leid ebenfalls besonderer Aufmerksamkeit und besonderer Unterstützungsmaßnahmen. Generell können Geschlechterstereotype zu verspäteten Diagnosen führen oder bewirken, dass das Leid von Frauen nicht ernst genommen wird.

¹² Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen (EIGE): „Poverty, gender and lone parents in the EU“ (Armut, Geschlecht und Alleinerziehende in der EU).

¹³ Berechnungen des EIGE auf der Grundlage von EU-SILC-Mikrodaten aus dem Jahr 2022. Diese Zahl umfasst Ein-Eltern-Familien mit unterhaltsberechtigten Kindern unter 24 Jahren, die als eigene/angenommene Kinder oder Stiefkinder angegeben werden und weder erwerbstätig noch arbeitslos sind.

¹⁴ Weltgesundheitsorganisation: Women’s health and well-being in Europe: beyond the mortality advantage (Gesundheit und Wohlbefinden von Frauen in der Europäischen Region: jenseits des Mortalitätsvorteils), 2016.

28. Zugang zu Beschäftigung stärkt Frauen, erhöht ihre Resilienz und gibt ihnen Kontrolle über ihr Leben, insbesondere durch finanzielle Unabhängigkeit und Autonomie. Herausforderungen wie ungleicher Zugang zu sozialen Diensten, Beschäftigung und/oder Laufbahnentwicklung, geschlechtsspezifische Diskrepanzen, unter anderem das geschlechtsspezifische Entgeltgefälle, die ungleiche Aufteilung der häuslichen Aufgaben und der familiären Pflege- und Betreuungspflichten zwischen Frauen und Männern sowie wirtschaftlicher Druck und Abhängigkeiten – all dies stellt für Frauen eine erhebliche psychische Belastung dar. Die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen steht in direktem Zusammenhang mit ihrer psychischen Gesundheit, da finanzielle Abhängigkeit mit einer Reihe negativer Folgen einhergeht, darunter geringere Chancen auf Bildung, bezahlte Beschäftigung und unternehmerische Tätigkeiten. Zudem können Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz der psychischen Gesundheit von Frauen schaden.
29. Die Übernahme von Pflege- und Betreuungsaufgaben kann unerwünschte Folgen für informell Pflegende und Betreuungspersonen, unter anderem negative Auswirkungen auf ihr derzeitiges und künftiges Einkommen und ihre psychische Gesundheit, haben. Die Prävalenz psychischer Gesundheitsprobleme bei Pflegenden und Betreuungspersonen, von denen die meisten Frauen sind, ist 20 % höher als bei nicht pflegenden oder betreuenden Personen.¹⁵ Die Bewältigung dieser Herausforderungen trägt daher sowohl zur Stärkung der Gleichstellung der Geschlechter als auch zur Förderung der psychischen Gesundheit von Frauen bei.
30. Die psychische Gesundheit von Betroffenen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und häuslicher Gewalt ist ein Problem, das besondere Aufmerksamkeit verdient, da Gewalt schwerwiegende langfristige psychische Auswirkungen hat. Frauen, Mädchen und Menschen in prekären Situationen sind unverhältnismäßig stark betroffen. Geschlechtsspezifische Gewalt hat viele Formen, darunter häusliche Gewalt, Gewalt in der Partnerschaft, sexuelle Gewalt, körperliche Gewalt, psychische Gewalt, ökonomische Gewalt, Zwangsheirat, Femizid, Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen und Menschenhandel sowie technologiegestützte geschlechtsspezifische Gewalt. In der EU gehören körperliche und sexuelle Gewalt gegen eine Frau durch einen derzeitigen oder ehemaligen Partner oder Ehepartner zu den häufigsten Formen geschlechtsspezifischer Gewalt. Mehr als jede fünfte Frau (22 %) ist dieser Form von Gewalt bereits zum Opfer gefallen.¹⁶ Wie aus der von der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) veröffentlichten Erhebung zu den Grundrechten hervorgeht, hat insbesondere sexuelle Gewalt schwerwiegende langfristige psychische Auswirkungen – unter anderem Gefühle von Angst, Wehrlosigkeit, Scham, Bloßstellung oder depressive Gefühle – auf die Betroffenen.

¹⁵ Ausschuss für Sozialschutz und Europäische Kommission: Adequate Social Protection for Long-Term Care Needs in an Ageing Society (Angemessener sozialer Schutz für den Bedarf an Langzeitpflege in einer alternden Gesellschaft), 2014.

¹⁶ Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen: Gleichstellungsindex 2021: Gesundheit.

31. Wie aus der Mitteilung der Kommission mit dem Titel „Demografischer Wandel in Europa: ein Instrumentarium zur Bewältigung der Herausforderungen“ hervorgeht, „muss Europa eine 'Gesellschaft der Langlebigkeit' aufbauen, in der ältere Menschen wertgeschätzt und der Wohlstand und das Wohlergehen heutiger und künftiger Generationen gleichermaßen gefördert werden“. In diesem Zusammenhang verdient die psychische Gesundheit älterer Menschen, insbesondere von Frauen, besondere Aufmerksamkeit. Psychische Erkrankungen, darunter Depressionen, Angstzustände und kognitive Verschlechterung, sind bei der älteren Bevölkerung weit verbreitet. Im Durchschnitt leben Frauen länger, verbringen jedoch mehr Lebensjahre in schlechterer psychischer Gesundheit. Soziale Isolation und Einsamkeit, von denen etwa ein Viertel der älteren Menschen betroffen ist, sind wesentliche Risikofaktoren für psychische Erkrankungen im Alter. Dies gilt auch für Misshandlung älterer Menschen, wobei diese jegliche Art von körperlicher oder psychischer Gewalt, sexuellem Missbrauch oder finanzieller Ausbeutung sowie Vernachlässigung umfasst.
32. Wie der Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen festgestellt hat, sind Frauen und Mädchen mit Behinderungen häufig einem höheren Risiko ausgesetzt, schädlichen Praktiken, die sich auf ihre Gesundheit und ihr Wohlbefinden – auch ihre psychische Gesundheit – auswirken, unterworfen zu sein.¹⁷ Insbesondere sind sie häufig von einem höheren Gewaltrisiko in Einrichtungen betroffen, da sie „aufgrund paternalistischer Stereotype und patriarchaler, Frauen diskriminierender gesellschaftlicher Muster verstärkt Einschränkungen bezüglich ihres Wohnortes und ihrer Wohnform“, unterliegen.¹⁸ Darüber hinaus hindert der Mangel an Barrierefreiheit in der baulichen Umwelt und in Online-Umgebungen, in Produkten, Dienstleistungen und in der Kommunikation Frauen mit Behinderungen daran, uneingeschränkt an allen Lebensbereichen teilzuhaben, wobei die daraus resultierende Isolation und Diskriminierung wiederum auch ihrer psychischen Gesundheit abträglich ist. Einige dieser Herausforderungen wirken sich zudem auf die psychische Gesundheit ihrer Familien sowie ihrer Pflege- und Betreuungspersonen aus.
33. Die vorliegenden Schlussfolgerungen stützen sich auf frühere Arbeiten und die politischen Zusagen des Rates, der Kommission, des Europäischen Parlaments und maßgeblicher Stakeholder in diesem Bereich (siehe auch die in der Anlage aufgeführten Dokumente) —

¹⁷ Vereinte Nationen, Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen, 24. Januar 2007, A/RES/61/106.

¹⁸ Ausschuss der Vereinten Nationen für die Rechte von Menschen mit Behinderungen, Allgemeine Bemerkung Nr. 5 zu Artikel 19 – Recht auf selbstbestimmtes Leben und Inklusion in der Gemeinschaft, 27. Oktober 2017, CRPD/C/GC/5.

**ERSUCHT DIE MITGLIEDSTAATEN, IM RAHMEN IHRER ZUSTÄNDIGKEITEN UND
UNTER BERÜKSICHTIGUNG DER NATIONALEN GEGEBENHEITEN,**

34. SICHERZUSTELLEN, dass Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung einer besseren psychischen Gesundheit eine Geschlechterperspektive einschließen und geschlechtergerecht gestaltet und umgesetzt werden. Diese Maßnahmen sollten zugänglich und erforderlichenfalls auf Gruppen ausgerichtet sein, die möglicherweise schwieriger zu erreichen sind oder mit besonderen Herausforderungen im Bereich der psychischen Gesundheit konfrontiert sind;
35. alle Formen von Gewalt, Hetze und Diskriminierung, insbesondere gegen Frauen und Mädchen, unter andrem Mehrfachdiskriminierung und intersektionale Diskriminierung, sowie Stigmatisierung im Zusammenhang mit psychischen Problemen zu BEKÄMPFEN, mit besonderem Schwerpunkt auf Frauen sowie auf Menschen in besonders prekären Situationen oder Situationen der Marginalisierung, darunter Menschen in sozioökonomisch nachteiligen Situationen;
36. Geschlechterstereotype und negative soziale Normen, einschließlich Tabus, zu BEKÄMPFEN, die Frauen und Mädchen, jedoch in besonderem Maße auch Männer und Jungen, davon abhalten, Verletzlichkeit zu zeigen, wodurch ihre Fähigkeit eingeschränkt wird, Unterstützung zu suchen, wenn diese benötigt wird;
37. erforderlichenfalls MAßNAHMEN ZU ERGREIFEN, um gegen Geschlechterstereotype sowie Objektifizierung und sexualisierte Darstellungen von Frauen und Mädchen in Medien und Werbung vorzugehen;
38. den Zusammenhang zwischen Lebensstil und psychischer Gesundheit ANZUGEHEN, unter anderem in Bezug auf Ernährungsgewohnheiten, körperliche Betätigung, schädlichen Konsum von Alkohol, Konsum von Drogen und anderen schädlichen Substanzen, auch die Komorbidität, und dabei eine Geschlechterperspektive zu berücksichtigen;
39. im Einklang mit der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt und dem Gesetz über digitale Dienste GEEIGNETE MAßNAHMEN, einschließlich Präventivmaßnahmen, ZU ERGREIFEN, um Frauen und Mädchen vor allen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich Gewalt in öffentlichen Einrichtungen und technologiegestützter geschlechtsspezifischer Gewalt, zu schützen und maßgeschneiderte Unterstützungsdiene für Betroffene zu STÄRKEN. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, Frauen und Mädchen, die mit psychischen Erkrankungen oder in vulnerablen Situationen leben, einschließlich derjenigen, die mit prekären Bedingungen oder Obdachlosigkeit konfrontiert sind, besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Schulungen zu geschlechtsspezifischen Aspekten für Beschäftigte, einschließlich Freiwilliger, in allen Branchen, in denen sie wahrscheinlich mit Opfern in Kontakt kommen, ZU UNTERSTÜTZEN;

40. unter Achtung der Grundrechte des Einzelnen sowie der gemeinsamen europäischen Werte GEEIGNETE MAßNAHMEN ZU ERGREIFEN, um junge Menschen vor schädlichen Online-Inhalten, einschließlich KI-generierter Inhalte wie Deepfakes, zu schützen, die körperdysmorphie Störungen und Verschlechterung der psychischen Gesundheit verursachen und gleichzeitig die Rechte der Betroffenen auf den Schutz ihrer Privatsphäre und ihrer Bilder sowie ihrer sexuellen Integrität und ihrer Würde verletzen. Solche Maßnahmen können Sensibilisierungsmaßnahmen für Kinder, Eltern und Lehrkräfte über die nationalen Safer-Internet-Zentren und breit angelegte Kampagnen zur Sensibilisierung der Gesellschaft und zur Gewährleistung wirksamer Meldeverfahren umfassen; Schulungen zu geschlechtsspezifischen Aspekten für Beschäftigte in allen Branchen, die wahrscheinlich mit den Opfern in Kontakt kommen, ZU UNTERSTÜTZEN; darüber hinaus die Transparenz ZU STÄRKEN und die Erhebung von nach Geschlecht und gegebenenfalls nach anderen relevanten Merkmalen aufgeschlüsselten Daten zu verbessern, um die Überwachung schädlicher Online-Inhalte zu unterstützen;
41. GEEIGNETE MAßNAHMEN gemäß der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste und der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ZU ERGREIFEN, um Minderjährige, insbesondere Mädchen, vor illegalen und gewaltgeprägten Online-Inhalten zu schützen, die ihre körperliche oder geistige Entwicklung beeinträchtigen oder psychische Traumata verursachen können;
42. gegebenenfalls und sofern angemessen positive Vorbilder und eine vielfältige Darstellung in den Medien ZU FÖRDERN und Geschlechterstereotype sowie Objektifizierung und Sexualisierung von Frauen und Mädchen in den Medien und online zu bekämpfen, wobei der Notwendigkeit Rechnung zu tragen ist, die psychische Gesundheit junger Menschen, insbesondere junger Frauen und Mädchen, zu unterstützen und möglichen Auswirkungen im Zusammenhang mit ihrem Körperbild besondere Aufmerksamkeit zu widmen; Geschlechterstereotype auf allen Bildungsebenen und in allen Bildungsformen ZU BEKÄMPFEN;
43. angemessene Unterstützung und Sozialschutz für alle Eltern, einschließlich alleinerziehender Mütter und Eltern, die Kinder mit Behinderung großziehen, SICHERZUSTELLEN, durch Maßnahmen wie erschwingliche, zugängliche, hochwertige und integrative Dienste für die Pflege und Betreuung sowie Kinder- und Wohngeld, um Eltern die Möglichkeit zu geben zu arbeiten und um finanzielle Notlagen und deren Auswirkungen insbesondere auf die psychische Gesundheit von Frauen abzumildern; darüber hinaus, im Einklang mit der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben eine angemessene Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern, einschließlich alleinerziehender Mütter, ZU GEWÄHRLEISTEN, durch Maßnahmen wie die Förderung flexibler Arbeitsregelungen, einschließlich Telearbeitsregelungen, und die ausgeglichene Aufteilung bezahlter und unbezahlter Pflege- und Betreuungspflichten zwischen Frauen und Männern sowie innerhalb der Haushalte, unter anderem durch die Verbesserung des Zugangs zu bezahltem Vaterschaftsurlaub und nicht übertragbarem Elternurlaub; ferner, im Einklang mit bestehenden Verpflichtungen, MAßNAHMEN ZU ERGREIFEN, um zugängliche, erschwingliche und hochwertige Langzeitpflegedienste sowie Dienste im Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung zu verbessern;

44. MAßNAHMEN ZU ERGREIFEN, um den Zugang zu medizinischen, sozialen und psychologischen Unterstützungsdielen für Eltern, einschließlich alleinerziehender Mütter, unbezahlter Langzeitpflegender und Frauen in prekären Situationen, sowie Zugang zu erschwinglichen Diensten im Bereich der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung der ZU VERBESSERN, um Burn-out und andere mit Mehrfachbelastungen verbundene Beeinträchtigungen zu verhindern und zu bekämpfen; niedrigschwelligen Zugang zu sozialer und psychologischer Unterstützung ZU GEWÄHREN, insbesondere für Frauen in prekären Situationen, Minderheiten, marginalisierte Gruppen und Menschen in sozioökonomisch nachteiligen Situationen, darunter Menschen, die von Langzeitpflegediensten unterstützt werden, die Einsamkeit und soziale Isolation erleben, Menschen mit Behinderungen, Flüchtlinge, Migranten, Häftlinge und Obdachlose;
45. die Bereitstellung hochwertiger, erschwinglicher und zugänglicher geschlechtergerechter Gesundheits- und Sozialdienste SICHERZUSTELLEN, einschließlich Pflege und Betreuung in der lokalen Gemeinschaft, und gleichzeitig politik- und praxisübergreifend zu gewährleisten, dass diese Dienste sensibel sind für die unterschiedlichen Bedürfnisse aller Menschen, insbesondere von Frauen und Mädchen aller Altersgruppen, einschließlich der am stärksten marginalisierten Frauen und Mädchen, und auf deren Bedürfnisse eingehen, dass sie in ihrem Ansatz menschenrechtsbasiert sind, die gelebte Erfahrung wertschätzen und die Menschen, die diese Dienste in Anspruch nehmen (und gegebenenfalls ihre Familienangehörigen sowie ihre Pflege-, Betreuungs- und Unterstützungspersonen) aktiv in die Planung und Bereitstellung ihrer Pflege einbeziehen, und dass sie einen traumasensiblen Ansatz verfolgen;
46. MAßNAHMEN ZU ERGREIFEN, um die Achtung, den Schutz und die Verwirklichung der Menschenrechte aller Frauen und Mädchen, insbesondere von Frauen und Mädchen mit Behinderungen, zu gewährleisten, ihre Stärkung und Weiterentwicklung zu fördern und ihr Recht auf unabhängige Entscheidungsfindung zu gewährleisten sowie gegen Diskriminierung und Barrieren vorzugehen, mit denen Frauen und Mädchen mit Behinderungen beim Zugang zu sozialen Diensten und zu Unterstützung in der lokalen Gemeinschaft konfrontiert sind, und so ihre Unabhängigkeit zu fördern;
47. MAßNAHMEN ZU ERGREIFEN, um psychische Schwierigkeiten bei Frauen und Mädchen zu verhindern, indem sie eine gute psychische Gesundheit in der gesamten Bevölkerung fördern und Dienste zur Unterstützung eines frühzeitigen Eingreifens in Fällen, in denen psychische Schwierigkeiten auftreten, insbesondere für Menschen, die schwer zu erreichen sind, von sozialer Ausgrenzung bedroht sind oder zu Gruppen in vulnerablen Situationen gehören, anbieten;

48. MAßNAHMEN ZU ERGREIFEN, um die medizinische und psychologische Betreuung der Eltern, insbesondere von Müttern in Notlagen in perinatalen und postnatalen Zeiten sowie im Falle von Schwangerschaftsverlusten, zu verbessern und den Aufbau lokaler Unterstützungsnetze zu fördern, um die Herausforderungen im Bereich der psychischen Gesundheit der Eltern im Zusammenhang mit Schwangerschaft, Geburt und Elternschaft zu mindern; geeignete Schulungen für Angehörige der Gesundheitsberufe und Sozialarbeiter ZU ERMÖGLICHEN; MAßNAHMEN ZU ERGREIFEN, um Väter zu ermutigen, Familien- sowie Pflege- und Betreuungspflichten im Hinblick auf eine gleichberechtigte Aufteilung dieser Pflichten zwischen Frauen und Männern, insbesondere bei Schwangerschaft und Geburt in der Familie, zu übernehmen;
49. Maßnahmen ZU FÖRDERN, die mutter- und babyfreundliche Bedingungen in der perinatalen Betreuung und Pflege sicherstellen, wobei besondere Aufmerksamkeit den Informationen, die der Patientin zur Verfügung gestellt werden, und der körperlichen und emotionalen Unversehrtheit und den Bedürfnissen von Frauen vor, während und nach der Entbindung in Bezug auf Betreuung, Verfahren, Eingriffe, Arzneimittel und die Geburtsumgebung zu widmen ist und auf die Einbeziehung des Partners bzw. der Partnerin und/oder der Begleitperson zu achten ist;
50. Präventions-, Gesundheitsförderungs- und Sensibilisierungsstrategien für gesundes und aktives Altern unter Berücksichtigung der Geschlechterperspektive ZU UNTERSTÜTZEN, einschließlich aktiver Maßnahmen zur Bekämpfung der Diskriminierung aus Altersgründen, zur Verbesserung der Gesundheitskompetenz und zum Schutz und zur Verbesserung der psychischen Gesundheit älterer Menschen, insbesondere älterer Frauen, wie Maßnahmen zur Stärkung ihrer finanziellen Autarkie, Maßnahmen zum Abbau des geschlechtsspezifischen Rentengefälles und zur Verringerung der Altersarmut, von der Frauen unverhältnismäßig stark betroffen sind, sowie Maßnahmen zur Gewährleistung eines sicheren und zugänglichen Wohnraums und des Zugangs zu bezahlbarer hochwertiger Langzeitpflege, Maßnahmen zur Gewährleistung des Zugangs zu Pflege und Betreuung für Frauen, die während der Peri-Menopause und der Menopause gesundheitliche Probleme oder andere Probleme im Zusammenhang mit dem Altern haben, sowie soziale Unterstützung für sie und ihre Pflege- und Betreuungspersonen, um die soziale Isolation und Einsamkeit zu verringern;
51. WEITERHIN eine Reihe von Unterstützungsdiensten im Bereich der psychischen Gesundheit ANZUBIETEN, gegebenenfalls einschließlich niedrigschwelliger psychologischer Online-Dienste für Minderjährige;
52. BEWUSSTSEIN dafür ZU SCHAFFEN und anzuerkennen, wie wichtig es ist, dass jede Person Zugang zu Gesundheitsversorgung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und zu den damit verbundenen Rechten nach Nr. 34 des neuen europäischen Konsenses über die Entwicklungspolitik (2017) haben muss, denn dies ist von entscheidender Bedeutung für die Gewährleistung eines Höchstmaßes an physischer und psychischer Gesundheit.

RUFT DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION UND DIE MITGLIEDSTAATEN AUF, IM RAHMEN IHRER JEWEILIGEN ZUSTÄNDIGKEITEN,

53. SICHERZUSTELLEN, dass die Mitgliedstaaten die EU-Rechtsvorschriften zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, zur Chancengleichheit und Gleichbehandlung von Frauen und Männern in Arbeits- und Beschäftigungsfragen, zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige sowie zur Entgelttransparenz, auch im Hinblick auf die Bekämpfung der Altersarmut – mit besonderer Schwerpunktsetzung in Bezug auf ältere Frauen – fristgerecht und ordnungsgemäß umsetzen und durchführen;
54. MAßNAHMEN zur Verbesserung von Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz unter Berücksichtigung einer Geschlechterperspektive ZU ERGREIFEN, insbesondere durch die Bekämpfung von Risiken für die psychische Gesundheit sowie von psychosozialen Risiken am Arbeitsplatz, und dabei die Rolle und die Autonomie der Sozialpartner zu achten; die angemessene und wirksame Anwendung und Durchsetzung der nationalen Rechtsvorschriften zur Umsetzung der relevanten Richtlinien zum Schutz der Gesundheit und der Sicherheit am Arbeitsplatz in diesem Zusammenhang zu FÖRDERN;
55. BEWUSSTSEIN bei Kindern und Jugendlichen, ihren Eltern, Betreuungs- und Erziehungspersonen sowie in der Gesamtbevölkerung für eine respektvolle und verantwortungsvolle Online-Kommunikation und einen respektvollen und verantwortungsvollen Austausch von Inhalten ZU SCHAFFEN, auch durch Unterstützung spezifischer Kampagnen, die sich an Kinder richten, mit dem Ziel, den Schutz im Internet und in den sozialen Medien zu verbessern;
56. BEWUSSTSEIN für die psychologischen und kognitiven Folgen einer übermäßigen Smartphone-Nutzungsdauer für Minderjährige, einschließlich der jüngsten Generation, ZU SCHAFFEN; MAßNAHMEN auf der Grundlage der Mitteilung der Kommission über eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit ZU ERGREIFEN und die Arbeit an der Entwicklung des Präventions-Instrumentariums, das sich mit den darin genannten Determinanten der physischen und psychischen Gesundheit befasst, FORTZUSETZEN;
57. Förder- und Präventionsmaßnahmen, einschließlich Maßnahmen zur Unterstützung der Entwicklung psychosozialer Kompetenzen, insbesondere für Frauen und Mädchen, wie von der WHO empfohlen, von frühester Kindheit an, für alle Altersgruppen und in allen Umgebungen ZU FÖRDERN;
58. MAßNAHMEN ZU ERGREIFEN, auch im Rahmen des Gesetzes über digitale Dienste, um Minderjährigen, insbesondere Mädchen, bei der Nutzung von Online-Plattformen und der Teilnahme am digitalen Raum ein hohes Maß an Sicherheit und Schutz der Privatsphäre zu bieten;

59. zur Förderung einer gesunden Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu ERMUTIGEN, beispielsweise durch flexible Arbeitsregelungen, unter anderem, gegebenenfalls, Telearbeitsregelungen, und Praktiken zu fördern, die ein wirksames Gleichgewicht zwischen Arbeitszeit und privater Zeit zu ermöglichen, wobei darauf zu achten ist, wie wichtig psychisches Wohlbefinden ist;

ERSUCHT DIE EUROPÄISCHE KOMMISSION, IM RAHMEN IHRER ZUSTÄNDIGKEITEN,

60. WEITERHIN Maßnahmen zur Bekämpfung von technologiegestützter geschlechtsspezifischer Gewalt im Hinblick auf die relevanten Bereiche, die in der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter und der europäischen Strategie für ein besseres Internet für Kinder und bei der Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste ermittelt wurden, einschließlich Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Online-Gewalt, Cybermobbing, Cyberstalking und Sexismus gegen Mädchen und Jungen, ZU FÖRDERN;
61. WEITERHIN die ordnungsgemäße Umsetzung und Anwendung der einschlägigen Anforderungen der Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste, des Gesetzes über digitale Dienste und der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt ZU ÜBERWACHEN UND ZU UNTERSTÜTZEN, um den Schutz Minderjähriger, insbesondere den Schutz von Mädchen, vor illegalen und schädlichen, online verfügbaren Inhalten zu gewährleisten; insbesondere DARAN ZU ARBEITEN, einen neuen Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen Plattformen der sozialen Medien im Sinne des Schutzes der Sicherheit von Frauen und Mädchen im Internet, wie in der Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 vorgesehen, zu entwickeln.
62. die Mitgliedstaaten ZU ERMUTIGEN, im Rahmen der Verordnung über harmonisierte Vorschriften für künstliche Intelligenz die missbräuchliche Nutzung generativer künstlicher Intelligenz zu überwachen und Online-Akteure zu verpflichten, in diesem Bereich Verantwortung zu übernehmen; insbesondere zu ÜBERWACHEN, dass die Mitgliedstaaten ihrer Verpflichtung gemäß der Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt nachkommen, Maßnahmen zur unverzüglichen Sperrung oder Entfernung von rechtswidrigem oder schädlichem Material wie Deepfakes vorzusehen, durch die Rechte von Personen auf den Schutz ihrer Privatsphäre und ihrer Bilder sowie ihrer sexuellen Integrität und ihrer Würde verletzt werden, und dabei den Schutz der Nutzerinnen und Nutzer und ihrer Grundrechte und Grundfreiheiten sicherzustellen;
63. BEWUSSTSEIN für die Bedeutung psychologischer Unterstützung für Eltern, insbesondere alleinerziehende Mütter, und unbezahlte Langzeitpflegende in prekären und sozioökonomisch nachteiligen Situationen ZU SCHAFFEN;

64. DAS ALLGEMEINE BEWUSSTSEIN für psychosoziale Störungen ZU STÄRKEN und in diesem Zusammenhang Geschlechterstereotypen ENTGEGENZUWIRKEN und die Entstigmatisierung ZU FÖRDERN;
65. für die Rechte in Bezug auf Entgelttransparenz ZU SENSIBILISIEREN, Sensibilisierung für kollektive Maßnahmen in Fragen der Entgelddiskriminierung zu unterstützen und Leitlinien für die Umsetzung und Anwendung der Entgelttransparenz-Richtlinie sowie für die neuen Rechte erwerbstätiger Eltern und pflegender Angehöriger im Rahmen der Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben zu überwachen und weiterzuentwickeln;
66. Initiativen ZU FÖRDERN, die darauf abzielen, den höchstmöglichen Standard der physischen und psychischen Gesundheit von Eltern, insbesondere von Müttern, während des gesamten Lebensverlaufs zu unterstützen, auch durch die Einbeziehung von Männern und Jungen in Familien-, Pflege- und Betreuungspflichten, insbesondere während der Schwangerschaft und um die Zeit der Entbindung; WEITERHIN die Gesundheitskompetenz aller Menschen ZU VERBESSERN und dabei einen geschlechtergerechten Ansatz zu verfolgen, bei dem der Schwerpunkt auf Frauen und Mädchen gelegt wird; WEITERHIN für alle Menschen, insbesondere junge Mädchen und Jungen, hochwertige Gesundheitsinformationen BEREITZUSTELLEN;
67. ZU BETONEN, wie wichtig es ist, allen Betroffenen und Opfern sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt und Opfern von Menschenhandel die erforderliche soziale und psychologische Unterstützung zu bieten, wenn Initiativen zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Menschenhandel entwickelt werden;
68. gezielte Initiativen IN BETRACHT ZU ZIEHEN, die sich an ältere Frauen richten und darauf abzielen, deren psychische Gesundheit, z. B. durch Maßnahmen zur Bekämpfung von Einsamkeit und sozialer Isolation, zu schützen und zu verbessern.

Anhang zur ANLAGE

Quellen:

1. Rat der Europäischen Union und Europäisches Parlament

Richtlinie 2004/113/EG des Rates vom 13. Dezember 2004 zur Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichbehandlung von Männern und Frauen beim Zugang zu und bei der Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen

Richtlinie (EU) 2019/1158 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben für Eltern und pflegende Angehörige und zur Aufhebung der Richtlinie 2010/18/EU des Rates

Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste), geändert durch die Richtlinie (EU) 2018/1808 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018

Richtlinie (EU) 2024/1385 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Mai 2024 zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt

Richtlinie (EU) 2024/1712 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Änderung der Richtlinie 2011/36/EU zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer

Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste)

Besitzstand der Union im Bereich des Gesundheitsschutzes und der Sicherheit am Arbeitsplatz

2. Rat der Europäischen Union

Der europäische Konsens über die Entwicklungspolitik (9459/17)

Schlussfolgerungen des Rates zur Unterstützung von Influencerinnen und Influencern als Urheberinnen und Urheber von Online-Inhalten (Dok. 9301/24)

Schlussfolgerungen des Rates zu psychischer Gesundheit und prekärer Beschäftigung (Dok. 13937/23)

Schlussfolgerungen des Rates zur psychischen Gesundheit (Dok. 15971/23)

Schlussfolgerungen des Rates und der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten zu einem umfassenden Ansatz für die psychische Gesundheit junger Menschen in Europa (Dok. 15322/23)

Empfehlung des Rates vom 8. Dezember 2022 zu frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung: die Barcelona-Ziele für 2030 (2022/C 484/01)

Empfehlung des Rates vom 8. Dezember 2022 über den Zugang zu bezahlbarer und hochwertiger Langzeitpflege (2022/C 476/01)

Beschluss (EU) 2024/1018 des Rates vom 25. März 2024 mit dem Ersuchen an die Mitgliedstaaten, das Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation gegen Gewalt und Belästigung von 2019 (Nr. 190) zu ratifizieren

3. Europäisches Parlament

Entschließung zur Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung von Frauen im digitalen Zeitalter (2015/2007(INI), 2018/C 066/06)

Wissenschaftlicher Dienst des Europäischen Parlaments: Mental health in the EU (Psychische Gesundheit in der EU), Briefing des Europäischen Parlaments 2023,
[https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2023/751416/EPRS_BRI\(2023\)751416_6_EN.pdf](https://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/BRIE/2023/751416/EPRS_BRI(2023)751416_6_EN.pdf)

Europäisches Parlament, Generaldirektion Interne Politikbereiche der Union, Brunello, S., Gay-Berthomieu, M., Smiles, B. et al., Obstetric and gynaecological violence in the EU – Prevalence, legal frameworks and educational guidelines for prevention and elimination, (Gewalt in der Geburtshilfe und Gynäkologie – Prävalenz, Rechtsrahmen und Bildungsleitlinien zur Prävention und Beendigung), Europäisches Parlament, 2024, <https://data.europa.eu/doi/10.2861/32832>

4. Europäische Kommission

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit (COM(2023) 298 final)

[EUR-Lex - 52023DC0298 - DE - EUR-Lex](#)

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Strategischer Rahmen der EU für Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz 2021-2027: Arbeitsschutz in einer sich wandelnden Arbeitswelt (COM(2021) 323 final, 2021, Dok. 10291/21)

Grünbuch: Die psychische Gesundheit der Bevölkerung verbessern – Entwicklung einer Strategie für die Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Union (COM(2005) 484)

https://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/mental/green_paper/mental_gp_de.pdf

Supporting the mental health of the health workforce and other essential workers (Unterstützung der psychischen Gesundheit der Arbeitskräfte im Gesundheitswesen und anderer systemrelevanter Arbeitskräfte), Opinion of the Expert Panel on effective ways of investing in Health (Stellungnahme des Expertengremiums für die Beratung über wirksame Gesundheitsinvestitionen) EXPH, 2021. https://health.ec.europa.eu/system/files/2021-10/028_mental-health_workforce_en_0.pdf

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Demografischer Wandel in Europa: ein Instrumentarium zur Bewältigung der Herausforderungen (COM(2023) 577 final)

16. Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über eine umfassende Herangehensweise im Bereich der psychischen Gesundheit (COM(2023) 298 final)

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen über die europäische Strategie für Pflege und Betreuung (COM(2022) 440 final), 2022

Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen – Eine Union der Gleichheit: Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2020-2025 (COM(2020) 152 final)

Ausschuss für Sozialschutz und Europäische Kommission: Adequate Social Protection for Long-Term Care Needs in an Ageing Society (Angemessener sozialer Schutz für den Bedarf an Langzeitpflege in einer alternden Gesellschaft), 2014, <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/71532344-ddf1-4d34-a7aa-f65c701a22a2>

Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucher, Quattrocchi, P., Obstetric violence in the European Union – Situational analysis and policy recommendations (Gewalt in der Geburtshilfe in der Europäischen Union – Situationsanalyse und Empfehlungen für politische Maßnahmen), Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2024, <https://data.europa.eu/doi/10.2838/440301>

Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz und Verbraucher, Rozée, V., Schantz, C., van der Waal, R. et al., Case studies on obstetric violence – Experience, analysis, and responses (Fallstudien zu Gewalt in der Geburtshilfe – Erfahrungen, Analyse und Reaktion), Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2024, <https://data.europa.eu/doi/10.2838/712175>

5. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss

Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses: Prekäre Beschäftigung und psychische Gesundheit, 2023, <https://www.eesc.europa.eu/de/our-work/opinions-information-reports/opinions/precarious-work-and-mental-health>

6. Agentur für Grundrechte

Violence against women: an EU-wide survey (EU-weite Umfrage zu Gewalt gegen Frauen), 2015, https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2014-vaw-survey-main-results-apr14_en.pdf

Fundamental rights survey – Experiences of cyberharassment in the past 5 years (Umfrage zu den Grundrechten – Erfahrungen mit Cybermobbing in den letzten fünf Jahren), https://fra.europa.eu/en/data-and-maps/2021/frs?visualisation=map&topic=3&indicator=a_har5y_cyb&answer=01.%20yes&subset=fltr_agegr5&subsetValue=01.%201629&subsetB=0&subsetBValue=0

Fundamental rights survey (Umfrage zu den Grundrechten), 2021, <https://fra.europa.eu/en/data-and-maps/2021/frs>

7. Eurofound

Psychosocial risks in Europe: Prevalence and strategies for prevention (Psychosoziale Risiken in Europa: Prävalenz und Präventionsstrategien), Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2014, <https://osha.europa.eu/sites/default/files/Report%20co-branded%20EUROFOUND%20and%20EU-OSHA.pdf>

8. Europäisches Institut für Gleichstellungsfragen

Daten des Europäischen Instituts für Gleichstellungsfragen auf der Grundlage von Mikrodaten aus der EU-Statistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC), 2022

Poverty, gender and lone parents in the EU, Review of the implementation of the Beijing Platform for Action (Armut, Geschlechtergleichstellung und Alleinerziehende in der EU, Überprüfung der Umsetzung der Aktionsplattform von Peking), 2016, <https://eige.europa.eu/sites/default/files/documents/mh0216841enn.pdf>

Gender equality and digitalisation in the European Union (Geschlechtergleichstellung und Digitalisierung in der Europäischen Union), 2019, <https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/gender-equality-and-digitalisation-european-union>

Gender equality and youth: opportunities and risks of digitalisation (Geschlechtergleichstellung und junge Menschen: Chancen und Risiken der Digitalisierung), Informationsblatt, 2019, https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/gender-equality-and-youth-opportunities-and-risks-digitalisation-factsheet?language_content_entity=en

Gleichstellungsindex 2021: Gesundheit – geschlechtsspezifische Gewalt,
https://eige.europa.eu/publications-resources/toolkits-guides/gender-equality-index-2021-report/gender-based-violence?language_content_entity=en

Gleichstellungsindex 2021: Gesundheit. Frauen geben ein niedrigeres Niveau an psychischem Wohlbefinden an als Männer, https://eige.europa.eu/publications-resources/toolkits-guides/gender-equality-index-2021-report/women-report-poorer-mental-well-being-men?language_content_entity=en

Combating Cyber Violence against Women and Girls (Bekämpfung von Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen), 2022, <https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/combating-cyber-violence-against-women-and-girls>

Cyber Violence against Women and Girls: Key Terms and Concepts (Cybergewalt gegen Frauen und Mädchen, die wichtigsten Begriffe und Definitionen), 2022,
<https://eige.europa.eu/publications-resources/publications/cyber-violence-against-women-and-girls-key-terms-and-concepts>

Financial independence and gender equality: Joining the dots between income, wealth and power (Finanzielle Unabhängigkeit und Gleichstellung der Geschlechter: Verbindungen schaffen zwischen Einkommen, Vermögen und Macht), 2024,

<https://eige.europa.eu/sites/default/files/documents/financial-independence-and-gender-equality.pdf>

9. Europarat

Report on Psycho-Social Aspects of Single-Parent Families (Bericht über die psychosozialen Aspekte von Ein-Eltern-Familien),
https://www.coe.int/t/dg3/health/Reportsingleparents_en.asp

Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (SEV Nr. 210),

<https://www.coe.int/de/web/conventions/full-list?module=treaty-detail&treatynum=210>

10. Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Tackling the mental health impact of the COVID-19 crisis: An integrated, whole-of-society response (Bewältigung der Auswirkungen der COVID-19-Krise auf die psychische Gesundheit: eine integrierte, gesamtgesellschaftliche Antwort), OECD Policy Responses to Coronavirus (Antworten der OECD auf das Coronavirus, COVID-19), OECD Publishing, Paris, 2021, <https://doi.org/10.1787/0ccafa0b-en>

Recommendation of the Council on Integrated Mental Health, Skills and Work Policy, (Empfehlung des OECD-Rates zu einer integrierten Politik für psychische Gesundheit, Qualifikation und Arbeit), 2022, <https://legalinstruments.oecd.org/public/doc/334/334.en.pdf>

OECD und EU: Gesundheit auf einen Blick: Europa 2022: Zyklus „Gesundheitszustand in der EU“, 2022, https://www.oecd-ilibrary.org/social-issues-migration-health/health-at-a-glance-europe-2022_507433b0-en

11. Vereinte Nationen

A Healthy Workforce for a Better World (Gesunde Arbeitskräfte für eine bessere Welt), Strategie des Systems der Vereinten Nationen für psychische Gesundheit und Wohlbefinden, 2018,

https://unsceb.org/sites/default/files/imported_files/mental_health_well_being_strategy_final_2018_may_25th_english_0.pdf

World Population Prospect 2022: release note about major differences in total population estimates for mid-2021 between 2019 and 2022 revisions (Prognosen zur Weltbevölkerung 2022: Bemerkungen zu Unterschieden bei den Schätzungen für Mitte 2021 zwischen den Überprüfungen von 2019 und 2022), 2022, UNDESA:

https://population.un.org/wpp/Publications/Files/WPP2022_Release-Note-rev1.pdf

UNDESA: Nachhaltigkeitsziel 3: <https://sdgs.un.org/goals/goal3>, Mary-Jo Del Vecchio Good: Women and Mental Health (Frauen und psychische Gesundheit), <https://www.un.org/womenwatch/daw/csw/mental.htm>

12. Weltgesundheitsorganisation

Satzung der Weltgesundheitsorganisation, 1946, New York,
<https://apps.who.int/gb/bd/PDF/bd47/EN/constitution-en.pdf?ua=1>

Thinking Healthy: A manual for psychosocial management of perinatal depression (Gesundes Denken: Ein Handbuch für das psychosoziale Management perinataler Depression), 2015, https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/152936/WHO_MSD_MER_15.1_eng.pdf?sequence=1

Maternal mental health and child health and development in low and middle income countries (Psychische Gesundheit von Müttern sowie Gesundheit und Entwicklung von Kindern in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen), 2008,
https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/43975/9789241597142_eng.pdf?sequence=1

Women's health and well-being in Europe: beyond the mortality advantage (Gesundheit und Wohlbefinden von Frauen in Europa: Über die höhere Lebenserwartung hinaus), 2016,
<https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/332324/9789289051910-eng.pdf?sequence=1>

RESPECT women – Preventing violence against women (RESPECT women – Gewalt gegen Frauen verhindern), 2019,<https://www.who.int/publications/i/item/WHO-RHR-18.19>

A focus on adolescent mental health and well-being in Europe, central Asia and Canada. Health Behaviour in School-aged Children international report from the 2021/2022 survey, (Fokus auf der psychischen Gesundheit und dem Wohlergehen junger Menschen in Europa, Zentralasien und Kanada. Internationaler Bericht zur Erhebung 2021/2022 über das Gesundheitsverhalten im Schulalter), Band 1, 2023,
<https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/373201/9789289060356-eng.pdf?sequence=2>

Violence against women (Gewalt gegen Frauen), 2021, <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/violence-against-women>

Mental Health (Psychische Gesundheit), 2022, <https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/mental-health-strengthening-our-response>

The Global Health Observatory (Beobachtungsstelle für Weltgesundheit), Nachhaltigkeitsziel 3.4 zu übertragbaren Krankheiten und psychischer Gesundheit,
https://www.who.int/data/gho/data/themes/topics/sdg-target-3_4-noncommunicable-diseases-and-mental-health

Guide for integration of perinatal mental health in maternal and child health services (Leitlinien für die Integration perinataler psychischer Gesundheit in die Gesundheitsversorgung für Mutter und Kind), 2022,
<https://www.who.int/publications/i/item/9789240057142>

Recommendations on maternal and newborn care for a positive postnatal experience (Empfehlungen für die Gesundheitsversorgung für Mütter und Neugeborene im Sinne positiver postnatale Erfahrung), Zusammenfassung, 2022,<https://www.who.int/publications/i/item/9789240045989>

Maternal mental health (psychische Gesundheit von Müttern),
<https://www.who.int/teams/mental-health-and-substance-use/promotion-prevention/maternal-mental-health>

Mental health of older adults (Psychische Gesundheit älterer Erwachsener), 2023,
<https://www.who.int/news-room/fact-sheets/detail/mental-health-of-older-adults>

Psychische Gesundheit in Europa und Zentralasien: Mädchen schneiden schlechter ab als Jungen WHO Europe, 2023: <https://www.who.int/europe/de/news/item/10-10-2023-mental-health-in-europe-and-central-asia--girls-fare-worse-than-boys>

Handlungsrahmen zur Förderung der psychischen Gesundheit in der Europäischen Region der WHO (2021-2025), Kopenhagen, WHO-Regionalbüro für Europa, 2022, <https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/352549/9789289057813-eng.pdf?sequence=1>

Women's Mental Health: An Evidence Based Review. Mental Health Determinants and Populations (Psychische Gesundheit von Frauen: Eine faktengestützte Erhebung. Psychische Gesundheit – Determinanten und Prävalenz), Department of Mental Health and Substance Dependence, 2000, https://iris.who.int/bitstream/handle/10665/66539/WHO_MSD_MDP_00.1.pdf?sequence=1

World mental health report: Transforming mental health for all (Weltgesundheitsbericht: Transformation bezüglich der psychischen Gesundheit für alle), 16. Juni 2022, <https://www.who.int/publications/i/item/9789240049338>.

13. Internationale Arbeitsorganisation (IAO)

Übereinkommen (Nr. 190) über Gewalt und Belästigung, 2019,

[Convention C190 - Violence and Harassment Convention, 2019 \(No. 190\) \(ilo.org\)](https://www.ilo.org/dyn/trlex/lexmng.nsf/0/190)

14. Sonstiges

Jané-Llopis, E. - Gabilondo, A. (Hrsg): Mental Health in Older People (Psychische Gesundheit älterer Menschen), Konsensdokument. Luxemburg, Europäische Gemeinschaften, 2008,

https://ec.europa.eu/health/ph_determinants/life_style/mental/docs/consensus_older_en.pdf

Make Mothers Matter: Single Mothers within the European Union (Make Mothers Matter: Alleinerziehende Mütter in der Europäischen Union), 2022, <https://makemothersmatter.org/single-mothers-within-the-european-union/>

Nationales Zentrum für vermisste und ausgebeutete Kinder (NCMEC): Erfahrungsberichte: „Addressing Real Harm Done by Deepfakes“ (Das tatsächliche Ausmaß des Schadens durch Deepfakes), März 2024

Petra Persson und Maya Rossin-Slater: When Dad Can Stay Home: Fathers' Workplace Flexibility and Maternal Health (Wenn Papa zu Hause sein kann: Flexibilität der Arbeit der Väter und Gesundheit der Mütter), Arbeitsdokument Nr. 25902 des National Bureau of Economic Research, Mai 2019, <https://www.nber.org/papers/w25902>